

Guiné-Bissau - Probleme beim 'Nationalen Wiederaufbau' eines befreiten Landes: Essay über die Möglichkeit des Scheiterns

Schiefer, Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schiefer, U. (1982). Guiné-Bissau - Probleme beim 'Nationalen Wiederaufbau' eines befreiten Landes: Essay über die Möglichkeit des Scheiterns. *Peripherie*, 3(10/11), 119-135. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-106042>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

**Guiné-Bissau:
Probleme beim 'Nationalen Wiederaufbau'
eines befreiten Landes
Essay über die Möglichkeit des Scheiterns**

Ulrich Schiefer

1982

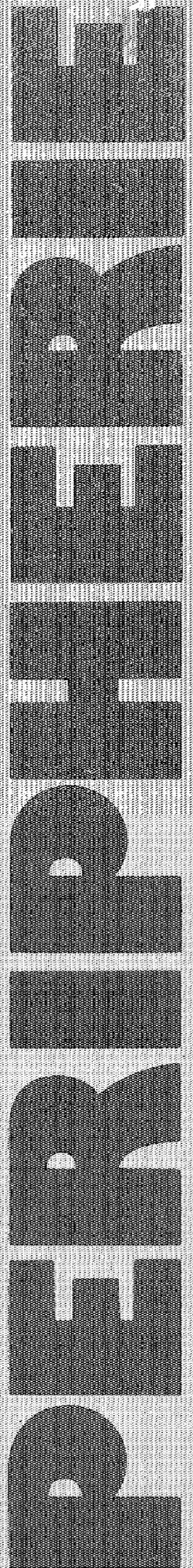
Please quote as:

Schiefer, Ulrich (1982) "Guiné-Bissau: Probleme beim 'Nationalen Wiederaufbau' eines befreiten Landes – Essay über die Möglichkeit des Scheiterns", in: *Peripherie*, 10/11, 119-135.

Contact: schiefer@iscte.pt

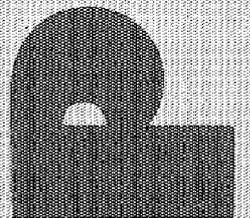
GRENZEN EIGENSTÄNDIGER ENTWICKLUNG
SOZIALWISSENSCHAFTLER UND
NATIONALE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN
KLASSISCHER SOZIALISMUS
„SOZIALISTISCHE ENTWICKLUNGSLÄNDER“
NORDKOREA: GESCHICHTE UND
BESONDERHEITEN
WISSENSCHAFTLICHE ARBEITSORGANISATION
IN DER VIETNAMESESISCHEN LANDWIRTSCHAFT
GUINÉ-BISSAU: DIE MÖGLICHKEIT
DES SCHEITERNS
INDIANER IN NICARAGUA
PALÄSTINA-PROBLEM UND
ENTSTEHUNG DER PLO

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT



BEFREIUNGSBEWEGUNGEN
AN DER MACHT?

10/11



Ulrich Schiefer

Guiné-Bissau – Probleme beim „nationalen Wiederaufbau“ eines befreiten Landes

Essay über die Möglichkeit des Scheiterns*

Während ich mich mit der guineischen Wirklichkeit herumkugelte, brachte der „Spiegel“ zwei Artikel über das Land. Sie hatten so wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Es waren eher Fiktionen als Verzerrungen. Jetzt frage ich mich, wie sehen die Wirklichkeiten aus, die das Material für die Spiegelartikel über andere Länder der Dritten Welt abgeben?

Im Laufe meines Studiums habe ich die begeistertsten Berichte – wissenschaftliche und journalistische – über den Aufbau des Sozialismus in China gelesen. Die Begeisterung war bei aller gebotenen Zurückhaltung – eine Versuchung, der auch ich teilweise erlegen bin. Die Berichte über den Aufbau in Guiné-Bissau habe ich schon mit mehr Skepsis zu mir genommen. Ich bin ohne hochgesteckte Erwartungen nach Guiné gefahren.

Ich schreibe nicht aus frustrierten Erwartungen heraus, ich verdamme nicht; und ich verdammte schon gar nicht, weil ich Erhofftes nicht gefunden habe. Gefunden habe ich vieles. Erhofftes und Unerhofftes, allerdings nicht den Aufbau des Sozialismus. Wo kommt bloß die Diskussion über den „Aufbau des Sozialismus“ im Zusammenhang mit Guiné-Bissau her?

Aus Guiné kommt sie nicht. Alle, die hier in Europa vom Aufbau des Sozialismus reden, beziehen sich auf eine Stelle im Parteiprogramm der PAIGC: „Aufbau einer Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr durch den Menschen ausgebeutet wird“. So steht es im Programm. Daraus wird auf sozialistischen Aufbau geschlossen. Aber, wer würde so einen Satz nicht unterschreiben (10a)?

Was haben diejenigen Kooperanten, die in Guiné gearbeitet und keinen sozialistischen Aufbau vorgefunden haben, sich hier in der BRD von der Solidaritätsbewegung anhören müssen! Ein Freund von mir, der an einer zentralen Stelle arbeitet – und im übrigen den Zusammenbruch vorausgesagt hatte, stieß hier jahrelang auf erbitterten Widerstand, wenn er vom offiziellen Bild abweichende Vorstellungen vortrug. Dies führte dazu, daß nur noch im kleinen Kreis gesagt wurde, was wirklich los war. Das offizielle Bild wurde nicht mehr gefährdet.

Für mich war der Putsch das Ereignis, von dem ich annahm, daß nun auch der Hartnäckigste nicht mehr leugnen können, daß mit der PAIGC nicht alles zum Besten steht. Weit gefehlt! Man betrachte die Reaktionen. Nur bei Wenigen Betroffenheit, sonst: weiter in der Geschäftsordnung. Auf einem von der Amílcar Cabral Gesellschaft veranstalteten Seminar, an dem – ein halbes Jahr nach dem Putsch – Vertreter von CIDAC, MONDLANE Stiftung und die wichtigsten Exponenten der Guiné Bissau-Szene teilnahmen, wurden die Massaker, die von der alten Regierung begangen und durch den Putsch aufgedeckt worden waren, nicht besprochen. Sie waren kein Thema. Die Mondlanestiftung hat Recht gehabt, keine Fehler gemacht, die ACG hat Recht gehabt, keine Fehler gemacht. . . Aber man muß natürlich „die Ereignisse kritisch aufarbeiten!“

Noch etwas anderes ist geschehen, als ich in Afrika war. Der Durchfluß an geschriebenen, gedruckten, vervielfältigten, gesendeten Informationen durch meinen Kopf nahm drastisch ab. Ein Jahr lang führte das zu erheblichen Frustrationen. Dann war meine Birne leer, ein Zustand, der so angenehm wie sein Erreichen schwierig ist. Man kann von der Informationsdroge abhängig werden, Entzugserscheinungen jedenfalls gibt es.

Noch ein Hinweis für die Teilnehmer der Diskussion: Es gibt eine ganze Menge Leute, die viel wissen, aber sich nicht zu Worte melden.

Der Staatsstreich

Am Freitagabend, dem 14. November 1980, besetzten Truppen der FARP (Revolutionäre Volksstreitkräfte) alle strategischen Punkte der Hauptstadt Bissau. Zahlreiche Kommissare und hohe Funktionäre wurden verhaftet. Ein Kommissar, Vasco Cabral, wurde beim Fluchtversuch durch Schüsse verletzt; es gelang ihm jedoch, sich in die schwedische Botschaft zu retten. Der Chef der SEGURANCA (Sicherheitspolizei), Buscardini, wurde, als er Widerstand zu leisten versuchte, zusammen mit einem Parteifunktionär erschossen.

Der Putsch wurde geleitet vom Hauptkommissar (Premierminister) Joao Bernar do Vieira, genannt Nono. Der Präsident Luiz Cabral, gegen den der Putsch gerichtet war, hielt sich in seinem Feriendomizil auf der Insel Bubaque auf. Er wurde mit dem Helikopter nach Bissau gebracht und unter Hausarrest gestellt. Die Machtübernahme wurde der Bevölkerung der Hauptstadt noch in der Nacht über Rundfunk bekanntgegeben.

Die meisten der beim Putsch verhafteten Kommissare wurden bald wieder freigelassen und bis auf wenige in die am 20. November gebildete Übergangsregierung aufgenommen. Die Macht übernahm ein siebenköpfiger Revolutionsrat mit Bernardo Vieira an der Spitze. Von der Bevölkerung Bissaus wurde der Machtwechsel mit großer Begeisterung begrüßt. Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC und Präsident der Schwesterrepublik Cabo Verde, verurteilte den Putsch als gegen die PAIGC gerichtet und forderte die Rückkehr zum Normalzustand. Der Präsident der Nachbarrepublik Guiné-Conakry, Sekou Touré, erkannte die neue Regierung sofort an und versprach, ein Schiff mit Hilfsgütern zu schicken. Einige Tage nach dem Staatstreich wurden Vertreter des diplomatischen Corps und der ausländischen Presse zu mehreren Massengräbern geführt, in denen über fünfhundert Leichen begraben lagen, die unter dem Regime von Luiz Cabral heimlich und ohne Gerichtsurteil hingerichtet worden sein sollen.

Direkt nach dem Putsch wurden in der Bevölkerung vorhandene antikapverdische Ressentiments laut; jedoch kam es nicht zu Ausschreitungen.

Zur Haltung der Solidaritätsbewegungen

Die Ereignisse lösten in Teilen der europäischen Linken einen Schock aus. Überraschung, Enttäuschung und Ratlosigkeit hielten sich die Waage: Überraschung, weil niemand es vorausgesehen hatte; Enttäuschung, weil es nicht hätte geschehen dürfen, und Ratlosigkeit schließlich ob der (gebotenen) Neuformulierung des solidarischen Selbstverständnisses.

Inzwischen ist man wieder zur Tagesordnung übergegangen. Über ein halbes Jahr lang gab es z.B. von der ACG keinerlei Reaktion oder Stellungnahme. Dann konnte man im Vorwort einer Dokumentation der ACG lesen: „Nach dem Putsch in Guinea-Bissau haben wir auf eine Stellungnahme verzichtet. Unsere Kontakte zur PAIGC in Bissau und zur PAICV in Praia sind ohne Änderung weitergegangen, wobei gesagt werden muß, daß die Kontakte nach Bissau immer weit weniger intensiv waren“. (Broschürenreihe Nr. 11, Mai 1981). Das zu einer Zeit, in der die Begeisterung über die Befreiung Nicaraguas übertragen wurde auf die noch ausstehende Befreiung El Salvadors, zu einer Zeit, da noch lange nicht klar ist, ob die schwierige Phase, nämlich die des Aufbaus, in Nicaragua bewältigt werden kann. Die Solidaritätsorganisationen, die von der Ent-

wicklung in Guiné-Bissau jahrelang ein völlig falsches Bild in der deutschen Öffentlichkeit zeichneten, haben bis jetzt keine eingehende Kritik formuliert, die vielleicht auch eigenes Fehlverhalten eingestehen würde.

Folgende Fragen halte ich für zentral, ohne sie hier schon beantworten zu können:

- Wie kommt es, daß jahrelang ein völlig unzutreffendes Bild der Entwicklung in Guiné-Bissau in der deutschen Öffentlichkeit entworfen wurde?
- Weshalb wurde die reale Entwicklung eines Landes in den wesentlichen Punkten so lange falsch eingeschätzt?
- Welche Mechanismen sorgten dafür, daß jede Information, die dem vorgefaßten Bild widersprach, ausgefiltert wurde?
- Warum wurde jede gedruckte Äußerung der PAIGC für 'bare Münze' genommen?

Einige Verhaltensweisen und Einstellungen erscheinen mir bemerkenswert:

- Solidarität wurde begriffen als Solidarität mit der Befreiungsbewegung, nicht mit dem Volk.
- Kritik wurde vorgebracht gegenüber Repräsentanten der PAIGC, jedoch nicht in der Öffentlichkeit.
- Direkter Kontakt zum Volk wurde ausgeschlossen. Jeder Kontakt mußte über Partei oder Staat vermittelt sein.
- Der Unterschied zwischen Befreiungsbewegung und Staatsmacht wurde ignoriert, man verhielt sich zur Staatsmacht wie zu einer Befreiungsbewegung.
- Jede negative Entwicklung wurde als notwendiges Resultat der objektiven Situation gewertet, speziell als 'Erbe des Kolonialismus', oder auf direkte Unterjochungsversuche des Imperialismus oder Neokolonialismus zurückgeführt.
- Berichte von Kooperanten wurden abgewertet — oft nach dem Mechanismus 'Der König läßt den Boten köpfen, der ihm die schlechte Nachricht überbringt.'
- Zum Teil erscheint es dem Organisationsestablishment notwendig, gelegentlich auch gegen besseres Wissen ein positives Bild der Entwicklung der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. Einmal, damit die eigene Organisation ihre Existenzberechtigung nicht verliert. Zum anderen, weil man jahrelang sich mit der Sache identifiziert hat und tiefgreifende Selbstkritik leisten mußte. So wird dann lieber die Fiktion aufrechterhalten. Ähnliches gilt für diejenigen, die die Solidaritätsarbeit als Sprungbrett für eine Profikarriere im Entwicklungshilfesektor benutzen. Es profiliert und professionalisiert sich nicht schlecht in der Solidaritäts- und Entwicklungshilfeszene.

Mit der Untersuchung einiger gesellschaftlicher Erscheinungen und deren Ursachen in Guiné-Bissau möchte ich den Blick idealisierender Blauäugigkeit etwas trüben. Vielleicht kann dies helfen, eine diszantiertere Auseinandersetzung mit den labilen Entwicklungsverläufen unabhängig gewordener Staaten anzuregen.

Problemstellung

Als die PAIGC nach dem Massaker von Pidjiguiti 1959 den bewaffneten Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten beschloß, war sich die Parteiführung über die Opfer, die ein Befreiungskampf fordern würde, im Klaren. Sie nahm in Kauf, daß das Volk für seine Befreiung Opfer bringen mußte und begann den Guerillakrieg mit dem moralischen Recht desjenigen, der sich an der Seite seines Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzt, durchaus in einer historischen Tradition (1).

Als mit dem Putsch vom 14. November 1980 das Scheitern der PAIGC in der ersten nachkolonialen Aufbauphase offenkundig wurde, waren fast alle Versprechungen, mit denen die Partei das Volk für den Krieg mobilisiert hatte, unerfüllt geblieben. Die Folgen des Krieges waren erheblich: Viele Guineer hatten den Sieg mit ihrem Leben oder mit Verwundung bezahlt. Große Teile der Bevölkerung waren von ihren Wohnorten vertrieben worden, ins Ausland oder nach Bissau geflüchtet. Die Produktionsstrukturen waren zerstört, die Reisfelder durch Zerstörung der Dammanlagen versalzt, wodurch die Reisproduktion einen Tiefstand erreichte.

Ob explizite Versprechungen, wie z.B. auf der Insel Como, die im Verlauf einer blutigen Schlacht schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war und mit Priorität wiederaufgebaut werden sollte, oder implizit gemacht Versprechungen auf ein besseres Leben nach der Befreiung – die PAIGC blieb die Einlösung schuldig. Dem Volk geht es sogar nach der Befreiung ökonomisch erheblich schlechter als zu Zeiten des Kolonialismus. Damit wird nicht dem Kolonialismus das Wort geredet. Dies bedeutet auch nicht, daß der Befreiungskrieg des guineischen Volkes umsonst gewesen sei. Aber in einer Zeit, in der nicht nur die Guerillakriegsführung perfektioniert worden ist, sondern auch die Counterinsurgency-Strategien und Taktiken des Antiguerrillakampfes, sind die menschlichen Opfer und Zerstörungen des Produktionspotentials für einen Befreiungskrieg sehr hoch geworden. Umso gravierender erscheint demgegenüber das Versagen der Befreiungsbewegung beim Wiederaufbau, in einer Phase, in der das Versprechen gegenüber dem Volk auf ein besseres Leben – nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht – eingelöst werden mußte. Die Frage nach der Bilanz des Befreiungskrieges stellen sich nicht nur ausländische Beobachter und Solidaritätsgruppen, sondern vor allem das befreite Volk selbst.

Guiné-Bissau ist ein sehr kleines Land. Aber die Modellcharakter, den Guiné-Bissau und die PAIGC für viele ebenfalls um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker haben, weist ihm einen hohen Stellenwert in der Diskussion über die Dekolonialisierung zu, zumal die Problematik in Angola und Mozambique ähnlich ist.

Hier stellen sich zwei grundsätzliche Fragen: Taugt eine wie immer geartete Staatsbürokratie dazu, ein unterentwickeltes Agrarland zu entwickeln? Kann und soll ein unterentwickeltes Agrarland wie Guiné-Bissau, das kaum über eigene Rohstoffe und praktisch über keine Industrie verfügt, überhaupt industrialisiert werden?

Ökonomische Entwicklung (2)

Landwirtschaft

Trotz freilich geringer Bodenschätze und raubbaummäßiger Forst- und Fischereiwirtschaft ist die Landwirtschaft der bei weitem wichtigste Wirtschaftssektor des Landes. In ihr sind etwa 80 % der Bevölkerung tätig. Zum überwiegenden Teil wird die Landwirtschaft auf Subsistenzebene betrieben. Ausnahmen sind einige von den Kolonialisten übernommene Staatsfarmen sowie etliche kleinere kapitalistisch betriebene Privatbetriebe. Die Produktionsmethoden sind regional und ethnisch verschieden; allgemein herrscht geschlechtsspezifische sowie altersklassenmäßige Arbeitsteilung. Hauptprodukt ist der Reis, der vor allem im

Süden als Naßkultur, in den übrigen Landesteilen auch als Trockenkultur angebaut wird. Andere Produkte sind Hirse, Mais, Maniok etc. Das wichtigste Exportprodukt sind Erdnüsse, die von den Kolonialisten durch Zwangsabbau eingeführt wurden.

Die Produktionstechnologien sind empirisch, aber äußerst erfolgreich. Die Instrumente werden meist selbst hergestellt, Eisenteile vom Dorfschmied. Außer den Schmieden gibt es keine Spezialisten für die Produktion von Produktionsmitteln. Das Handwerk ist eng mit der Landwirtschaft verbunden. Die äußeren Bedingungen für die Landwirtschaft sind günstig: es gibt auch bei extensiver Bearbeitung genug landwirtschaftliche Nutzfläche. Verringerte Niederschlagsmengen und eine Verschiebung der Regenperiode haben zu Ernteeinbußen in der Landwirtschaft mit beigetragen. Die Reiserte lag vor dem Krieg bei ca. 120.000 to; sie erreichte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit einen Tiefstand von ca. 30.000 to pro Jahr. (Angaben über Reiserten sind mit Vorsicht zu genießen; oft wandert das verteilte Saatgut direkt in den Kochtopf). Die technischen Produktionsvoraussetzungen (Deichanlagen etc.) waren vom Kriege ebenso in Mitleidenschaft gezogen worden wie die strukturellen Produktionsbedingungen (Landflucht, Auswanderung der Landbevölkerung in die Nachbarländer). Die erklärte Hauptaufgabe der Regierung bei der Machtübernahme war so die Wiederherstellung des Vorkriegsniveaus der Reisproduktion und die Entwicklung der Landwirtschaft. Die nach Kriegsende erhoffte Massenmobilisierung der Bevölkerung zum Aufbau landwirtschaftlicher Kooperativen blieb aus. Kooperativen entstanden nur zur Wiedereingliederung demobilisierter FARP-Soldaten. Sonst spielten sie bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion eine minimale Rolle. Das notorisch schlecht organisierte Landwirtschaftsministerium konzentrierte sich auf die von den Kolonialisten übernommenen Staatsfarmen. Schlechte Verwaltung und Mismanagement führten zu astronomischen Defiziten. Spektakuläre Einzelprojekte, z.B. in der industriellen Tierhaltung waren mangels Infrastruktur von vornherein zum Scheitern verurteilt. Auf der staatlichen Granja in Biassau betrug das Verhältnis zwischen Lohnkosten und Produktionswert 9 : 1. Spontane Versuche der Bauern zur Selbstorganisation wurden mit Polizeigewalt unterdrückt. Die Erndtproduktion sollte zur Devisenbeschaffung erhöht werden und erhielt gegenüber der Reisproduktion große Bedeutung. Der Aufkaufpreis für Erdnüsse blieb aber sehr niedrig.

Abgesehen von wenigen Einzelprojekten (die auch einen gewissen Vorzeigecharakter hatten) und der Saatgutverteilung, die oft zu spät kam, gab es für die unmittelbaren Produzenten kaum Maßnahmen zur Steigerung der Reisproduktion. Der Ankaufpreis für Reis war sehr niedrig. Durch die rigorose Unterbindung des Privathandels in Verbindung mit der totalen Desorganisation des staatlichen Handels brach die Güterversorgung des Landes fast vollständig zusammen. Dadurch konnten die Bauern für den Erlös aus dem Verkauf ihrer Überschüsse praktisch nichts kaufen. Sie waren zur Deckung ihres Bedarfs weitgehend auf Schmuggelimporte angewiesen.

Durch gravierende Organisationsmängel konnte z.B. die 1979 bereits vom Staat aufgekaufte Reisernte, die in großen Speichern im Süden – der Reiskammer Guiné-Bissau – eingelagert war, nicht abtransportiert werden und verrottete in den Lagern, während in der Hauptstadt gehungert wurde. Dies ist in einer Agrargesellschaft, in der das Produkt auch am vergossenen Schweiß gemessen wird, nicht gerade ein Produktionsanreiz für das nächste Jahr.

Obwohl die landwirtschaftliche Entwicklung Priorität erhielt, gingen 1980 nur 6 % der Investitionen in den Agrarsektor. Die Regierung unternahm keine Anstrengungen, gezielt das ländliche Handwerk zu entwickeln, noch durch spezielle Bildungsprogramme landwirtschaftliche Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die Erfolge gezeigt hätten.

Industrialisierung

Bei der Unabhängigkeit verfügte Guiné-Bissau über so gut wie keine Infrastruktur. Seither konzentrierten sich 60 % der Investitionen, d.h. fast die gesamte Industrialisierung, auf den Bereich der Hauptstadt Bissau. Deren Stromversorgung ist unzureichend. Die großen Dieselgeneratoren fallen zudem häufig aus, davon ist auch die Wasserversorgung betroffen. Jedes Unternehmen, das auf kontinuierliche Stromversorgung angewiesen ist, braucht deshalb eigene Stromerzeuger. Auch die Treibstoffversorgung ist unregelmäßig. Oft gibt es monatelang keinen Diesel im Land zu kaufen, wodurch das Transportsystem teilweise zusammenbricht. Durch eine Treibstoffrationierung soll dieser Zustand jetzt gemildert werden. Die Transportwege zu den Nachbarländern sind so schlecht, daß von einer Einbindung in regionale Märkte nicht die Rede sein kann, zumal die Nachbarländer potentiell auch keine Exportmärkte darstellen. Die Transportwege zu den Industrieländern sind lang und werden durch einen bürokratischen und ineffizienten Zoll noch kompliziert. Chronische Devisenknappheit erschwert zusätzlich die Beschaffungen von Nachschub und Ersatzteilen.

Bei der Unabhängigkeit gab es im Lande nur eine einzige funktionierende Industrieunternehmung, die Bierbrauerei. Das Land konnte somit noch nicht einmal Ersatzteile für den Fuhrpark herstellen. Die vorhandenen Werkstätten reichten nicht einmal zur Wartung des nationalen Fahrzeugparks aus. Allerdings hinterließen die Kolonialisten eine gutausgestattete Reparaturwerft. Das Land verfügt weder über qualifizierte, erfahrene Management-Fachleute, noch über qualifizierte Techniker der mittleren Ebene. Zwar sind die Löhne niedrig, doch ist die Arbeitskraft für industrielle Produktion nicht qualifiziert. Unter diesen Bedingungen wurde von der Regierung ein äußerst aufwendiges, auf Großtechnologie konzentriertes Industrialisierungsprogramm konzipiert, das vom Ausland finanziert wurde:

— der agroindustrielle Komplex von Cumer

Der Komplex in der Nähe von Bissau stand zur Zeit des Staatstreiches kurz vor seiner Vollendung. Hier sollte Reis geschält und sollten Erdnüsse verarbeitet werden. Bis jetzt kosteten die Anlagen ca. 24 Mio. US Dollar. Die Reisschälkapazität liegt bei 70.000 t jährlich; die gesamte Reisernnte des Landes, die noch nicht einmal zu Selbstversorgung ausreicht, liegt immer noch wesentlich darunter. Produktionssteigerungen, die eine Exportkapazität von 70.000 t zulassen würden, sind auf absehbare Zeit in Guiné-Bissau nicht möglich. Es ist also nicht abzusehen, ob der Komplex jemals rentabel arbeiten kann. Hinzu kommt, daß er relativ energieintensiv und auf kostspielige Treibstoffimporte angewiesen ist.

— Die Citroen-Montagefabrik

Das Montagewerk montiert aus von Frankreich gelieferten Einzelteilen den FAF, ein auf Entwicklungsländer zugeschnittenes Kraftfahrzeug. Schon bei der Vertragsunterzeichnung war klar, daß die Montage teurer würde, als die Autos fertig aus Frankreich zu importieren. Da zur gleichen Zeit im Senegal ein ähnliches Werk gebaut wurde, fallen auch die Exportchancen weg.

— Das Sauerstoffwerk

Das Werk ist für eine Kapazität angelegt, die 500 % über dem Inlandsbedarf liegt. Exportchancen für den Sauerstoff bestehen nicht, da auch der Senegal eine zu hohe Kapazität besitzt.

— Die Plastikfabrik

Diese Fabrik wurde aus der DDR geliefert und soll *Konsumgüter* aus Plastik herstellen. Schon vor der Fertigstellung der Fabrikanlagen allerdings tauchten Schwierigkeiten bei der künftigen Versorgung mit dem Rohprodukt auf, das ein Petroleumderivat und damit starken Preissteigerungen unterworfen ist.

— Die Volvo-Reparaturwerkstatt

Sie wurde auf ausdrücklichen gunesischen Wunsch aufwendiger geplant als vergleichbare Werkstätten in Schweden. Dabei wird sie für die Wartung des Fuhrparks dringend benötigt.

— Die Milchfabrik Blufu

Die Fabrik stellt aus importierter Trockenmilch und importiertem Butterfett Trinkmilch her, die in der Hauptstadt verkauft wird.

Außer der Brauerei arbeitet praktisch keines dieser Unternehmen rentabel.

Energie

Die guineische Wirtschaft wird auf zweierlei Art mit Energie versorgt:

Der ländliche Sektor versorgt sich auf traditionelle Art selbst mit (erneuerbarer) Energie, vor allem Sonnenenergie (Trocknen von Getreide, Lehmziegeln etc., Fotosynthese bei der Produktion von Nahrungsmitteln, Fasern, Stroh etc., Herstellung von Holzkohle), tierischer und vor allem menschlicher Energie. Fremdeenergie tritt im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Produktion nur beim überregionalen Transport auf (der zum Großteil auf dem Wasser, mit geringem Energieeinsatz also, stattfinden könnte), bei der Einführung von modernem Produktionstechnologien, Mechanisierung, Kunststoffern oder chemischem Pflanzenschutz. Der regionale Transport beruht wie praktisch die gesamte landwirtschaftliche Produktion fast ausschließlich auf menschlicher Energie.

Das Land erhält von der Stadt außer den erwähnten Produktionsmitteln, die sich fast ausschließlich auf agrarische Versuchsgüter beschränken, und Treibstoff für die Transporte so gut wie keine Energie, abgesehen von Saatgutlieferungen und Nahrungsmittelhilfen in Notfällen. Dagegen liefert es der Stadt Brennholz, Holzkohle, Erdnüsse und andere landwirtschaftliche Produkte so wie Arbeitskräfte. Die Energie für die Versorgung der Stadtbevölkerung, für das Transportwesen und für die Industrie wird ansonsten vom Ausland in Form von Gas, Benzin und Diesel zu ständig steigenden Preisen importiert. Es gibt bislang keine Versuche, bei den Industrieprojekten oder in sonstigen Sektoren erneuerbare Energieformen einzusetzen oder zu entwickeln. Das Nationale Energieinstitut ist offensichtlich über solche Energieformen nicht informiert. Das Problem der ländlichen Energieversorgung wird stets nur als Versorgung des Landes mit Treibstoff begriffen.

Der Energieplan sieht eine Elektrifizierung des Landes (hauptsächlich zur Beleuchtung) auf der Basis verschiedener großer Dieselgeneratoren mit jeweils entsprechenden Verteilernetzen vor. Allein dafür müßte jährlich Diesel für 15 Mio Dollar importiert werden: das entspricht etwa dem Gesamtexport des Landes (3).

Stadt und Land

Die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind Guiné-Bissau nur rudimentär entwickelt. Am Energieaustausch zeigt sich, daß auch der wirtschaftliche Austausch nicht sehr bedeutend ist. Das Land produziert Holz, Fische, Erdnüsse und andere, weniger wichtige Güter für die Stadt, die mit Bargeld, jedoch weit unter den erzielten Exporterlösen, bezahlt werden. Trotz strengster Polizeikontrollen wandern Arbeitskräfte nach Bissau — mit einschneidenden Folgen für das Land. Durch massenhafte Wanderung guineischer Arbeitskraft nach Senegal wird ein großer Teil der im Land produzierten Arbeitskraft zu schlechtesten Bedingungen direkt an den Weltmarkt geliefert. Die gesamte nördliche Zone ist stärker an den Senegal angebunden als an das übrige Inland; die einzig akzeptierte Währung ist der CFA. Insgesamt wandern 20 - 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Guiné-Bissaus saisonal oder auf Dauer in den Senegal. Die Senegalesen liefern Arbeitskräfte an Frankreich, die Guineer für den Senegal.

Da die Stadt fast nichts für das Land produziert, ist der Austausch gering und große Zonen sind ökonomisch stärker an die Nachbarländer angeschlossen als an die eigene Hauptstadt. Dies kann in Verbindung mit ethnischer Affinität über die Landesgrenzen hinweg und mit einer gewissen Unzufriedenheit der Bevölkerung die nationale Einheit gefährden. Die Stadt erscheint als Filter zwischen dem Weltmarkt und dem Land und schützt die ländliche (Subsistenz-) Produktion vor einer Zerstörung durch den Weltmarkt via Güterangebot. Freilich leidet die Produktion immer noch unter den kriegsbedingten Zerstörungen. Auch setzt sich ein Anschluß an den Weltmarkt auf Umwegen durch, da der Filter in den letzten Jahren durch Desorganisation des staatlichen und Unterdrückung des privaten Handels zu eng eingestellt war.

Langfristig kann eine einigermaßen unabhängige, auf Subsistenz basierende Produktionsweise durchaus von Vorteil sein. Sollte z.B. der Erdölfluß beeinträchtigt werden, so würden die ärmsten und schwächsten Länder zuerst von der Versorgung abgeschnitten. Auch wenn Krisen oder kriegerische Auseinandersetzungen die Industrieländer in Mitleidenschaft ziehen, dürfte die Versorgung der ärmsten Länder relativ schnell zusammenbrechen. Eine autarke Ökonomie, selbst auf niedrigem technischen Niveau wäre in einem solchen Falle sicherlich einer in die Weltwirtschaft eingebundenen Wirtschaft überlegen. Die Stadt Bissau ist viel stärker ans Ausland angebunden als ans eigene Land; der weitaus größte Teil der Importe wird direkt in Bissau konsumiert; der Staatsapparat unterhält intensivere Kontakte zum Ausland als zum eigenen Land.

Planung

Planung in nationalem Maßstab wird in Guiné-Bissau als Aufgabe des Planungsministeriums definiert, durchaus in Übereinstimmung mit der Doktrin, daß der Staat der Hauptagent des Entwicklungsprozesses sei. Der „Plan“ des Planungsministers, das Land in ca. 5 Jahren zu industrialisieren, mit dem expliziten Ziel der Schaffung einer „Arbeiterklasse“ — Grundvoraussetzung eines „sozialistischen Aufbaus“ — konnte nicht fristgerecht verwirklicht werden. Die Frage ist nun, ob der „Plan“ nur modifiziert und verschoben oder ganz fallengelassen wird. Da die Investitionsentscheidungen von bestimmten Einflußgruppen be-

stimmt und nicht nach einem allgemeinen Entwicklungskonzept ausgelegt waren, beschränkte sich die Planung auf die Zusammenfügung der einzelnen Ver-satzstücke. Es handelte sich dabei nicht um eine exakte Koordination des Produktionsprozesses, wie sie etwa jährlich auf der Dorf- und Familienebene stattfindet, wo festgelegt wird, wer welche Flächen bebaut etc. Auffallend ist die bisher geringe Aufmerksamkeit der Regierung für die Erforschung der traditionellen Agrarproduktion. Außer wenigen sozialwissenschaftlichen Studien liegt kaum Material über die Funktionsweise der bäuerlichen Produktion vor. Für agrarische Entwicklungsplanung sind derartige genaue Kenntnisse aber wichtiger als die oft kritisierte Statistik.

Erschreckend gering ist der Kenntnisstand der aus städtischen Schichten rekrutierten Führungskader, die das Land oft kaum kennen. Dagegen ist in den Reihen der Partei- und Regierungsmitglieder, die aus dörflichen Produktionsgemeinschaften stammen, empirische Kenntnis über lokale Produktionsprozesse zweifellos vorhanden; jedoch ist dies Wissen nicht systematisiert und findet keinen Eingang in die Diskussion um die Agrarstrategie.

Von der Guerillabewegung auf dem Lande zur Staatsmacht in der Stadt

Die m. E. entscheidende Phase, in der die Weichen für die spätere Entwicklung gestellt wurden, war der Übergang von der Guerillabewegung zur Staatsmacht, verbunden mit der Übernahme von Bissau als Hauptstadt.

In einem relativ kurzen Zeitraum zog ein Großteil der Befreiungsbewegung in die Hauptstadt und überließ das Land fast völlig sich selbst. Die Übernahme von Bissau als Hauptstadt stellte die PAIGC vor vollkommen neue Probleme. Zwar gab es ähnlich gelagerte historische Beispiele, und die Übernahme der Stadt Bissau scheint in der PAIGC wenigstens diskutiert worden zu sein (Madina de Boe war zeitweise als Hauptstadt im Gespräch), doch gelang es offenbar nicht, die notwendigen Lehren zu ziehen.

Die Versorgung der Stadtbevölkerung, die zum großen Teil vom Kolonialismus abhängig und durch Lebensmittelimporte ernährt worden war, mußte sichergestellt werden, was zur Annahme von Auslandshilfe zwang. Zur Alternative drastischer (Umsiedlungs-)Maßnahmen sah sich die PAIGC nicht in der Lage. Zahlreiche ungelernete Arbeiter, die vom Kolonialapparat in Arbeitsbeschaffungsprogrammen vor allem beim Straßenbau beschäftigt worden waren, wurden von der neuen Regierung übernommen.

Ein anderes grundlegendes Problem war die Übernahme der zentralen staatlichen und städtischen Dienste — Krankenhäuser, Feuerwehr, Hafen, Flughafenzoll, Stadtverwaltung etc. —, für die die Befreiungsbewegung kaum ausgebildetes Personal mit praktischer Erfahrung hatte. Das Erzwang die Übernahme von Verwaltungspersonal auf der mittleren Ebene aus der Kolonialverwaltung. Meist waren dies Kapverder, die einen höheren Ausbildungsstand als die Guineer be-saßen.

Über die Reste des kolonialen Staatsapparates wurde nun eine 'staatssozialistische' Konzeption gestülpt, mit Kommissaren an der Spitze. Lediglich das Militär und die Sicherheitsdienste blieben fest in der Hand der PAIGC. Die Regierung konnte sich daher mit der Zeit nur noch auf die Sicherheitsdienste und das Militär voll verlassen. Immer mehr Funktionen, vor allem in kritischen Bereichen, wurden der Segurança übertragen, da nur sie frei von Elementen war, die

nicht zur PAIGC gehört hatten. So bezeichnete Luiz Cabral Militär und Seguranca als die beiden Säulen der Herrschaft der PAIGC.

Die Kolonialisten hinterließen bei ihrem Abzug in der Stadt einen, im internationalen Vergleich zwar bescheidenen, im Vergleich zum Lande jedoch überwältigenden Luxus: moderne Häuser, moderne Infrastrukturen, Cafés, kurz, den zu Stein gewordenen Lebensstil der kolonialen Handels-, Militär- und Verwaltungsbürokratie, der vor allem auf den Teil der Guerilla, der vorher schon in der Stadt gelebt hatte, einen großen Reiz ausübte. Gerade diese soziale Schicht der PAIGC hatte am härtesten unter den Frustrationen des Guerillalebens zu leiden gehabt, während die Bauern eh nur den Busch kannten.

Die ungewohnte, weil neu zur Verfügung stehende Staatsmacht wurde anfangs größtenteils dazu eingesetzt, dem oberen Teil der im Aufbau begriffenen Staatsbürokratie, der am Stadtleben rasch Gefallen fand, das Leben zu erleichtern: durch Umbau der Residenzen, Verbesserung der städtischen Infrastruktur, Anschaffung eines Fahrzeugparks etc. Wer in den Provinzhauptstädten zurückbleiben mußte, wurde entschädigt, die jeweiligen Residenzen großzügig renoviert. Die Hinwendung zum Ausland, als Reaktion auf die unmittelbaren Probleme bei der Machtübernahme, verstärkte diese Entwicklung. Die PAIGC konnte aufgrund ihres während des Befreiungskrieges erworbenen Prestiges relativ leicht ausländische Hilfe erhalten. Mit humanitärer, technischer und personeller Hilfe kamen auch Diplomaten und Kooperanten, die ihren Lebensstil mitbrachten, der oft über dem der Staatsfunktionäre lag und durchaus nicht nur der Jugend als Vorbild diente.

Hinzu kam der von der Kolonialbürokratie vorgeführte Lebensstil, den viele der neuen Sieger anstrebten. Bald klappte der Lebensstil der Führungsschicht und der der Masse der Stadtbevölkerung weit auseinander. Der Landbevölkerung ging es noch schlechter als schon zu Kolonialzeiten. Die Masse der Bevölkerung litt Hunger, wohnte unter erschreckenden (hygienischen) Bedingungen, fand aber keine Möglichkeit zur Opposition, da sie total kontrolliert und jeder oppositionelle Ansatz im Keim erstickt wurde.

Auf das Hauptziel der PAIGC, die Erlangung der Unabhängigkeit und Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus mit militärischen Mitteln war die gesamte Organisation ausgerichtet gewesen, durch starke Zentralisierung, Vorherrschen des Militärs und der militärischen Machtausübung, Unterordnung der ökonomischen und politischen Maßnahmen sowie der Massenmobilisierung unter militärischen Zielen etc. Die weitgehende Rekrutierung der Kämpfenden aus der Bauernschaft und die Konzentration des Befreiungskriegs auf das Land bewirkten eine große Nähe zum Volk, die nach der Übernahme der Staatsmacht verlorenging. Ebenso schwand die direkte Abhängigkeit der PAIGC vom Volk, ohne dessen Unterstützung der Krieg nicht hätte geführt werden können.

Die Konzentration auf den Aufbau eines Staatsapparates ist neben der Übernahme Bissaus als Hauptstadt sicher das wichtigste Moment, das zum Scheitern der PAIGC führte. Die Staatsgründung fand 1973, schon vor Erringung der Kontrolle über das gesamte Territorium statt. Sie war zweifellos ein großer außenpolitischer Erfolg, zugleich aber deutlicher Ausdruck eines etatistischen Bewußtseins. Nicht nur die Übernahme von Resten der Kolonialbürokratie wirkte sich verhängnisvoll auf die Entwicklung des Landes aus, sondern die grundsätzliche Übernahme eines Entwicklungsmodells, in dem der Staat der hauptsächlichste Agent bei der Überwindung der Unterentwicklung sein sollte.

Vor allem die Entwicklung im benachbarten Senegal hätte die Hoffnung relativieren müssen, durch den Aufbau eines Staates die „Unterentwicklung“ zu überwinden. Zugunsten des Staatsaufbaus mußte die PAIGC sogar eine empfindliche Schwächung der Parteiorganisation hinnehmen. Dieser Weg läßt sich weniger als „Entwicklungsstrategie“ als vielmehr durch das Fehlen einer solchen beschreiben. In Guiné-Bissau hat sich bestätigt, daß Staatsfunktionäre einschlechte Hebel zur Mobilisierung der Bauernschaft sind. Auch der als Ausgleich für die Schwächung der Parteiorganisation verstehbare Versuch, Massenorganisationen wie die Einheitsgewerkschaft UNTG oder die Jugendorganisation JAAC zu schaffen, scheiterte. Die am Vorbild der sozialistischen Länder orientierte Gewerkschaft wurde zur Disziplinierung statt zur Interessenvertretung der Arbeiter eingesetzt. Die JAAC diente in der Stadt und auf dem Lande als Spitzenorganisation und hatte einen entsprechenden Ruf.

Auswirkungen auf dem Lande

Mit dem Abzug sowohl der Kolonialtruppen und -behörden einerseits als auch der Kader der PAIGC andererseits entstand auf dem Lande ein politisches Vakuum. In den bis zum Schluß von den Portugiesen besetzten Gebieten vermachte die PAIGC die Lücke nicht zu füllen. Sie kümmerte sich vor allem um den Sicherheitsaspekt und den Erziehungs- und Gesundheitsbereich.

Die im Befreiungskampf aufgebauten Strukturen wurden teils durch zentralistische Staatsstrukturen ersetzt, die nicht funktionierten; zum Teil wurden sie vernachlässigt und verloren ihre Bedeutung (Volksläden, lokale Komitees etc.). Auch hier wurde im wesentlichen der Gesundheits- und Erziehungssektor fortentwickelt. Die kolportierten Erfolge auf beiden Gebieten sind jedoch zweifelhaft. Das Primarschulwesen erzielte höchstens Teilerfolge, da es zentralistisch organisiert und mechanistisch angewendet wurde. Durch das entstandene Vakuum wurden die traditionellen Strukturen begünstigt – Häuptlinge und 'homens grandes' gewannen, je nach Ethnie, einen ziemlich starken Einfluß. Probleme schufen auch die demobilisierten Kämpfer, die z.T. in den Dörfern ein Rentnerleben zu führen begannen. Auf entsprechende Klagen reagierte jedoch das für die Demobilisierung zuständige Kommissariat schnell und eindeutig. Zur tatsächlichen, über die in traditioneller Weise selbstverwalteten Einheiten hinausreichenden Macht wurde im wesentlichen die Seguranca. Sie kontrollierte den gesamten Verkehr und war über das örtliche politische Geschehen meist recht gut informiert.

Abhängigkeit vom Ausland und ausländische Einflußnahme

Da Guiné-Bissau so gut wie kein gesellschaftliches Mehrprodukt als Akkumulationsquelle produziert, wird die gesamte Industrialisierung und ein Großteil des Eigenverbrauchs vom Ausland finanziert. Guiné-Bissau erhält pro Kopf der Bevölkerung den höchsten Anteil an Entwicklungshilfegeldern. Diese Summen fließen so reichlich, daß die einheimischen Strukturen, wie das Planungsministerium den Zustrom nicht bewältigen konnten. Keines der eingeleiteten Projekte wird auf absehbare Zeit rentabel funktionieren, und es ist nicht zu erwarten, daß das Land die Kredite zurückzahlen kann.

Die Tilgung der ersten Kredite beginnt aber 1983. Guiné-Bissau wird daher bald in den Kreislauf der Umschuldungsverhandlungen eintreten. Der Schaden, den die Abhängigkeit vom Ausland insgesamt anrichtet, ist viel größer als die Sum-

me der jeweiligen Einzelschäden der individuellen Projekte. Es wäre allerdings unangemessen, in die Klagen über das übermächtige ausländische Kapital und die Hilflosigkeit der schwachen Entwicklungsländer einzustimmen. Schließlich hat die PAIGC bewiesen, daß auch ein kleines Volk eine Chance gegen einen scheinbar übermächtigen Aggressor hat. Mit folgenden Methoden wird u.a. versucht, Einfluß auf die guineische Wirtschaft zu nehmen:

- Direkter Zugriff auf nationale Ressourcen (z.B. Sowjetunion beim Fischfang);
- Übervorteilung bei der Lizenzvergabe (z.B. Japan, Frankreich bei Hochseefischereilizenzen);
- Übervorteilung bei Geschäften, wobei die Unfähigkeit der Staatsbürokratie ausgenutzt wird (Lieferung von Treibstoff durch die SU, Schrottverkauf an Portugal, Lebensmittellieferung durch Portugal);
- Direkte Militärhilfe (vor allem SU);
- Ausbildung von Kadern, die in der Technologie des Ausbildungslandes geschult werden;
- Hilfe beim Aufbau von Staatsapparat und Sicherheitsdiensten (SU und DDR);
- Materielle Geschenke (4);
- Import eines Lebensstils durch das diplomatische Corps und ausländische Experten (Demonstrationseffekte);
- Offerten mit sozialen und politischen Implikationen (Islamisches Kulturzentrum in Gabun);
- Direkter Zugriff auf die nationale Wirtschaft und direkte politische und ökonomische Forderung im Zuge von Kreditvergaben (IWF, Weltbank).

Ein allgemeinerer Zugriff erfolgt über die einzelnen Entwicklungshilfe- und Industrialisierungsprojekte. Zum Teil steckt dahinter schlichtes einzelwirtschaftliches Interesse; zum Teil verfolgen die Entwicklungshilfeagenturen ihre eigenen Prioritäten. Die Entwicklungshilfe ist fast durchgängig in Einzelprojekten organisiert. Ausnahme in Guiné-Bissau ist Schweden, das pauschal den Staatshaushalt ausgleicht (mit Erfolgen, die ihrerseits die Einzelprojektstruktur in günstigerem Licht erscheinen lassen). Eine besondere Rolle spielen die Consulting-Firmen, die den nationalen Mangel an Fachkräften kompensieren sollen. Sie lassen sich ihre Dienste im Normalfall gut bezahlen; ihre Expertisen sind oft ausländischen Interessen stärker angepaßt als den Realitäten des Landes.

Das Übergewicht der Einzelprojekte (5) führt zu einer entsprechend differenzierten Struktur im Staatsapparat. Der Verwaltungsapparat gliedert sich in verschiedene Projektkliquen auf, statt die Projekte miteinander zu koordinieren. Jede Einzelclique versucht, gegenüber anderen Gruppierungen ihr spezielles Projekt durchzusetzen, von dem sie sich Vorteil verspricht (Einfluß, Posten, Gehalt, Autos, Reisen etc.). Mehrere rivalisierende Gruppen bringen jeden Koordinierungsversuch von vornherein zum Scheitern, da jeder an der allgemeinen Korruption beteiligt ist. Es besteht kein klares Entscheidungszentrum mehr. Jeder Einzelne lehnt Verantwortung ab und versucht, möglichst Viele an die Entscheidung für sein Projekt zu binden, um sich abzusichern. Sind erst genügend Personen an der Korruption beteiligt, wird niemand mehr versuchen, die

Skandale aufzudecken. Er ist entweder selbst verwickelt, oder andere halten ihn aufgrund ihrer Machtposition davon ab. Traditionelle Strukturen und Verhaltensweisen, etwa Nepotismus, kommen dem natürlich entgegen.

Die zu Beginn der Unabhängigkeit notwendige Hinwendung zum Ausland gewann immer stärker an Gewicht. Die unproduktive 'Staatsklasse', die sich dem Volk gegenüber durch ihre Entwicklungsaufgabe legitimierte, begriff schnell, daß es wesentlich leichter war, Gelder aus dem Ausland ins Land zu holen als die nationalen Produktivkräfte zu entwickeln. Ihre Legitimation gegenüber dem Volk beruhte nun vor allem auf der Beschaffung von ausländischen Hilfeleistungen, speziell Nahrungsmitteln und Konsumgütern. Mit zunehmender Abhängigkeit der 'Staatsklasse' vom Ausland wurden durch die Anstrengungen größer, die Geldströme im Fluß zu halten. So wurde damit begonnen, entsprechende Investitionen zu tätigen, während die Arbeit des Staatsapparates sich mehr und mehr auf die Gewinnung ausländischer Hilfen ausrichtete.

Ein Großteil der Gelder kommt von den Entwicklungshilfeorganisationen der Industrieländer. Die guineische Regierung muß die Geldgeber zufriedensstellen. Das geschieht am Besten dadurch, daß nach außen hin der Anschein von Entwicklung produziert wird. Es muß sichtbar gemacht werden, daß die Regierung das in sie gesetzte Vertrauen der Geldgeber erfüllt (6). Ebenso gilt es, die Vertreter dieser Entwicklungshilfeinstitutionen bei Laune zu halten. Dies geschieht durch die Schaffung einer guten „Infrastruktur“: das Bemühen, mit dem für das Funktionieren von Luxushotels und Restaurants gesorgt wird, ist direkt auf die ausländischen Gäste zugeschnitten. Aber das ist nur die kleinste Anstrengung in dieser Hinsicht.

Viel grundlegendere Punkte der Politik liegen exakt auf derselben Linie; die wesentlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Infrastruktur zeigen dies treffend. Mit dem Ziel, eine 'boa entrada' zu schaffen, wurde vom Flughafen zum Zentrum der Hauptstadt eine vierspurige Autobahn geplant und fast fertig gebaut. Geplant waren weiter komplette neue Stadtviertel im europäischen Stil zu beiden Seiten der Autobahn. Aus finanziellen und technischen Gründen mußte darauf schließlich verzichtet werden, so daß jeweils nur noch eine Reihe alter Häuser abgerissen und durch neue ersetzt werden sollte. Fast die gesamte Industrie wurde zu beiden Seiten der Autobahn — gut sichtbar — angesiedelt, ebenso ein neues Gymnasium, ein Modellwohnblock in cubanischer Fertigbauweise, die Volvo-Reparaturwerkstätte etc. Diese „Modernisierungsmaßnahmen“ sollen ankommende Besucher beeindruckend; die Altstadtsanierung soll Fortschritt signalisieren, erhielt doch jenes Viertel höchste Priorität, das man vom Präsidentenpalast einsehen kann.

Die Regierung bemüht sich sehr um effektive Öffentlichkeitsarbeit: Der Eindruck, der international über Guiné-Bissau entsteht, beeinflusst die Vergabe von Entwicklungshilfe. So wurde jeweils viel Zeit für die Betreuung ausländischer Besucher aufgewandt, mit Erfolg. Je nach politischer Einschätzung wurde ihnen eine entsprechende Realität vorgeführt: Vertretern von Solidaritätsgruppen das als fortschrittlich geltende Lehrzentrum in Co.; Vertretern von Geldgeberorganisationen die jeweils fortgeschrittenste Industriearchitektur. Die Produktion unzähliger Papiere, Programme, Pläne etc. zielt ebenfalls auf ein möglichst positives Bild von den nationalen Entwicklungsanstrengungen im Ausland und war offenbar wirkungsvoll: Erst allmählich scheint allgemein die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und offiziellen Dokumenten deutlich.

Perspektiven

Natürliche Bedingungen (7) und die von der guineischen Regierung nicht zu beeinflussende Entwicklung des Weltmarkts geben den Rahmen für die Entwicklung der guineischen Gesellschaft ab. Sie bestimmen jedoch nicht den Weg dieser Entwicklung. Entscheidend bleibt das Verhältnis zwischen unmittelbaren Produzenten und der jeweiligen Entwicklungsagentur (Staat, Partei). Am Produktionsprozeß fällt die entscheidende Bedeutung des subjektiven Faktors für die Produktion auf. Die individuellen und kollektiven Fähigkeiten, Fertigkeiten und Erfahrungen, die gesellschaftliche Organisation des Arbeitsprozesses, sind bei weitem der wichtigste produktive Faktor der guineischen Ökonomie. Daher muß jede Entwicklungsanstrengung an der subjektiven Seite der Produktion ansetzen, um ihr Potential zu entfalten.

Die Situation, die die neue Regierung nach dem Putsch vorfand, ist nicht nur geprägt vom „Erbe des Kolonialismus“, sondern auch der Entwicklungsanstrengungen der abgelösten Regierung: hohe Auslandsverschuldung, Industrieruinen modernster Art, eine in der Hauptstadt konzentrierte, auf Großprojekte ausgerichtete und von Korruption durchsetzte staatliche Bürokratie, an einen hohen Lebensstandard und Luxuskonsum gewöhnte städtische Oberschicht. Schließlich ist durch die Art der Machtübernahme und die Aufdeckung der von der alten Regierung angeblich begangenen Massaker der Ruf der PAIGC im Ausland, auch bei den Geldgebern, eventuell in Mitleidenschaft gezogen, was sich mittelfristig negativ auf die Gewährung von Krediten und Zuwendungen auswirken dürfte.

Der Putsch wurde ohne jegliches Programm durchgeführt. Seine wesentliche Machtbasis war das Militär, dessen Rolle erheblich gestärkt wurde. Zwischen Volk und Militär besteht eine große soziale Affinität. Trotz seiner Beteiligung an der Macht wird daher der repressive Einsatz des Militärapparats gegen das Volk sehr erschwert. Die militärische Herkunft von Mitgliedern des Revolutionsrats legt aber den Versuch nahe, militärische Organisationsformen und -strukturen einzuführen (soldatische Disziplin, Kommandozentrum, zentralisierte Kontrolle usw.). Auch besteht die Gefahr, daß die neue Regierung, gestützt auf die bei Konflikten entscheidende militärische Macht die gesellschaftliche Macht anderer Gruppen unterschätzt und ihnen keine ausreichende Beteiligung an Entscheidungsprozessen einräumt. Die bis jetzt ökonomisch unterprivilegierten Militärs beginnen, Forderungen materieller Art zu stellen und treten in einen Verteilungskampf mit anderen Gruppen. Da der zu verteilende Kuchen kleiner wird, sind weitere Verteilungskämpfe unausweichlich. Die Regierung braucht zur Erfüllung ihres „Entwicklungsauftrags“ vor allem die höher- und mittleren Kader im Staatsdienst und kann deren Privilegien kaum beanschneiden. So bleibt die Differenz des Lebensstils, die zumindest bei der Bevölkerung der Hauptstadt viel böses Blut geschaffen hat.

Das Ende der Repression durch die Segurança und die Gewährung relativer Freizügigkeit stießen vor allem bei der ländlichen Bevölkerung auf große Begeisterung. Die traditionellen Häuptlinge, die nach Abzug der Kolonialisten und der PAIGC vom Lande ihre Positionen ausgebaut hatten, strömten in die

Hauptstadt, um ihre Unterstützung für die neue Regierung zu demonstrieren. Auf Dauer wird das Fehlen demokratischer Institutionen zur Austragung von divergierenden Interessen und daraus entstehenden Konflikten zu Schwierigkeiten führen. Die Gewährung politischer Rechte hat die neue Regierung vor dem Volk legitimiert. Sie wurde zunächst auf breiter Basis unterstützt. Eine Kontrolle der Regierung durch das Volk findet aber nicht statt. Die Regierung ist nicht vom Volk abhängig. Eine dauerhafte Legitimierung vor dem Volk wird für die Regierung nur durch die Verbesserung der ökonomischen Lage der Bevölkerung zu erreichen sein. Die beiden wichtigsten Maßnahmen der neuen Regierung waren in dieser Hinsicht einmal der Kampf gegen Korruption und Machtmißbrauch im Staatsapparat – obgleich die Übernahme von Ministern, die in Korruptionsaffären verwickelt sind, Zweifel aufkommen läßt –, zum anderen der Versuch einer Massenmobilisierung. Die landesweite Säuberungskampagne hat schon dazu geführt, daß Regionspräsidenten öffentlich angeklagt wurden und fand breiteste Zustimmung. Entscheidend aber wird sein, inwiefern die bisherige Entwicklung in Frage gestellt wird bzw. die folgende Fragen beantwortet werden: Hat die abgelöste Regierung mit ihrer Konzeption der Industrialisierung versagt, wie sie die falschen Methoden angewandt hat? War das Industrialisierungskonzept selbst falsch? Hat die alte Regierung bei der Entwicklung der Landwirtschaft versagt, weil sie zuviel Gewicht auf die Industrie gelegt hat oder weil sie die falschen Methoden bei der Landwirtschaft angewandt hat?

Die zentrale Frage ist aber, ob der *Staat* Träger der Entwicklung eines Landes wie Guiné-Bissau sein kann. Es ist zunächst nicht zu erwarten, daß die landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie des notorisch schlecht funktionierenden Landwirtschaftsministeriums sich radikal ändern wird.

Um die Bauern zur Überschußproduktion anzuregen, ist ein ausreichendes Warenangebot auf dem Lande erforderlich. Dem stehen kurzfristig die Devisenknappheit und die Desorganisation des staatlichen Handels entgegen. Eine Realprivatisierung des Handels wird nur teilweise Abhilfe schaffen können. Um die Abhängigkeit von ausländischen Lebensmittellieferungen zu senken, müßten große Teile der städtischen Bevölkerung aufs Land umgesiedelt werden (80). Das wäre nicht ohne erheblichen Widerstand der Betroffenen durchführbar.

Grundsätzlich wird die Entwicklung der Landwirtschaft als Basis der guineischen Volkswirtschaft bei Beibehaltung der technizistischen Herangehensweise kaum so rasche Fortschritte machen, daß Staatsapparat und Stadt vom Lande aus ernährt werden können: Die Stadt produziert nichts, was auf dem Land gebraucht würde, und Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, die auf Massenmobilisierung beruhen, benötigen lange Anlaufzeiten. Der Staatsapparat und damit die Stadt werden daher weiterhin vom Ausland abhängig sein und nicht von der ländlichen Bevölkerung kontrolliert werden. Damit besteht die Gefahr, daß die Regierung trotz anfänglich besten Absichten an der Entwicklung der Landwirtschaft scheitern wird. Dies Versagen könnte auch zu einem neuerlichen Staatsstreich führen.

Anmerkungen

* Der Artikel wurde im Frühjahr 1981 im Zusammenhang mit dem Putsch in Guiné-Bissau geschrieben. Einige darin ausgesprochene Überlegungen entsprechen nicht mehr dem jetzigen Reflexionsstand des Autors.

1 a) Amílcar Cabral stellte in einer Studie über Landnutzung bereits 1954 folgende Forderung auf: (Es besteht) „die Notwendigkeit, eine Agrarstruktur zu etablieren, die die un-geordnete und gewinnstüchtige Ausbeutung der Erde nicht erlaubt; die die Ausbeutung „tout court“ des Menschen durch den Menschen nicht erlaubt.“ (veröffentlicht im Bo-letim Cultural da Guiné-Portuguesa, Nr. 34, Vol IX, April 1954) also im offiziellen Kolonialmagazin!

(1) Entgegen verbreiteten Mythen war die guineische Küste keine friedliche Idylle, die durch das Eindringen des Kolonialismus jäh in eine Serie blutiger Kämpfe gerissen wurde. Hier wurden Kriege geführt, Reiche entstanden, dehnten sich aus, bekriegten ihre Nachbarn, zerfielen oder wurden von andern zerstört. In Guiné waren es die Mandingas, die die „horizontal organisierten“ Ethnien (Balante u.a.) aufgrund ihrer höheren gesellschaft-lichen Organisation und ihres stärkeren militärischen Potentials zur Küste hin abdräng-ten, bis sie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts von den Fulas geschlagen wurden.

Die langsam in Guiné einsickernden Fulas hatten von überall her Hilfe erbeten, um die Mandingas, die immer höhere Tribute forderten, zu besiegen. Als die Portugiesen ihre Präsenz verstärkten, wurde den Fulas rasch klar, daß sie die Portugiesen militärisch nicht würden besiegen können, wohl aber mit den Portugiesen zusammen die anderen Ethnien. Vielleicht liefern solche historischen Zusammenhänge Erklärungen dafür, daß horizontal organisierte Gesellschaften von der PAIGC leichter für den Befreiungskampf zu mobil-isieren waren als vertikal organisierte.

(2) Die meisten hier gemachten Angaben verdanke ich Gespräche mit Mitarbeitern der je-weiligen Ministerien sowie eigenen Erfahrungen.

(3) Energieplanung wird hier verstanden als Erzeugung von Strom aus Diesel mittels Genera-toren. Zweck: Größtenteils Beleuchtung (!) von Städtchen und Dörfern getreu der De-vice: Elektrifizierung ist gleich Fortschritt! Über andere Energieformen steht kein Wort im nationalen Energieplan. (Der Energieplan stellt einen Versuch des Staatsapparates dar, der ländlichen Bevölkerung irgendetwas zu bieten, um die eigene Existenz zu rechtfertigen und das als Guerillabewegung gegebene Versprechen nach Entwicklung einzulösen).

Diese Planung ist durchaus in Fortsetzung der portugiesischen Pläne zu begreifen, wo auch hohe Planziele formuliert wurden, die dann mangels Kadern und Mitteln nicht umgesetzt werden konnten.

(4) Die Volvos, eines von vielen trojanischen Pferden, haben im Zusammenhang mit Guiné-Bissau schon eine gewisse Berühmtheit erlangt. Sie sind einmal sehr augenfällig und kön-nen ganz gut als Indikator für gewisse Entwicklungen dienen. Die Regierung erhielt, als sie direkt nach der Machtübernahme vor großen Transportproblemen stand, von Schwe-den ca. 20 Volvos als Geschenk. Also etwa für jeden Kommissar einen. Bald waren die-se Volvos mehr als ein Transportmittel. Der Präsident sah sich gezwungen, in einer offi-ziellen Rede darauf hinzuweisen, daß man das Öl wechseln müsse, die meisten Volvos brauchten nämlich nach ca. einem halben Jahr schon neue Motoren. Die waren bereits kein Geschenk mehr. Für die Wartung wurde extra eine Werkstatt eingerichtet. Bald folgten aus Schweden große Volvolastwagen, für die Flotte von Armazens do Povo und Obras Publicas. Dann wurde beschlossen, die pompöse Volvoreparaturwerkstätte zu bau-en. Damit wird das Land in Zukunft Volvolastwagen einkaufen. Die Bedeutung der Vol-vos wird daran klarer, daß 1979 - 80 über 50 weitere Limousinen eingekauft wurden, denn der Kreis der Volvofahrer hatte sich vergrößert. Als die Volvos per Schiff ankamen und ausgeladen waren, standen bereits mehrere Kommissare am Kai und warteten. Der Präsident, der sonst einen Mercedes fuhr, konnte abends beobachtet werden, wie er vor-sichtig auf dem zentralen Platz in Bissau in einem neuen Volvo Runden drehte.

(5) Die sklavische Nachahmung amerikanisch-westeuropäischer oder staatssozialistischer Entwicklungsmodelle ist aber keineswegs auf die einheimische „Elite“ beschränkt, son-dern herrscht auch bei vielen Entwicklungshelfern vor. Die jeweiligen nationalen „Vorbilder“ werden oft mit einer Platttheit und Idiotie verfolgt, die durch bloße Einzel-interessen nicht erklärt werden kann: Gleich am Stadtrand von Bissau stehen aus der SU importierte Fertig(holz)häuser, die einen Hauch Taiga wehen lassen. Steile Dächer (da-mit der Schnee abrutscht), gute Isolierung gegen Kälte, sogar ein Wintergarten fehlt nicht. Nun wurden die Häuser auch noch so montiert, daß jede Reihe gleichermaßen in den Genuß der Sonne kommt. (Geschätzte Innentemperatur der Wintergärten bei vol-ler Bestrahlung: 60 bis 70 Grad Celsius). Auch hier gilt: Das Klischee wird nur von der Wirklichkeit selbst übertroffen.

(6) Viele scheinbar unverständliche Aspekte des guineischen Entwicklungsprozesses werden plötzlich erklärbar, wenn man sie in Analogie zum „Cargo-Cult“ begreift. Auf der neuen Autobahn vom (vergrößerten) Flughafen rollen die Vorboten neuer Geld- und Warenen-dungen an, seien sie vom IWF, von der EG oder aus der SU. . .

Ob das Kalkül aufsteht und sie von der fein säuberlich zu beiden Seiten der Autoestrada angeordneten Industriearchitektur beeindruckt sind, bleibt die Frage. Auf Sicherheiten für ihre Kredite werden sie kaum verzichten.

(7) Die natürlichen Bedingungen innerhalb derer eine Entwicklung möglich ist, sind keine konstanten Größen, sondern relativ zum Niveau der Produktion. So können darauf spezialisierte Gesellschaften dort noch ihr Auskommen finden, wo der Europäer nur „Wüste“ sieht, andererseits kann bei Einsatz einer ausreichenden Technologie sogar „Wüste“ in blühendes Kulturland verwandelt werden. Hier werden die natürlichen Gren-zen in direktem Bezug zum lokalen Produktionsniveau gesehen.

(8) Die Notwendigkeit von Umsiedlungen wurde schon seit Jahren von der Regierung immer wieder betont, ohne daß es jedoch zu konkreten Schritten gekommen wäre. So war z.B. die Besiedlung von Inseln des Bijago-Archipels öfters im Gespräch.

Literatur:

ACG-Broschüre, Der Putsch in Guinea Bissau und seine ersten Folgen, 1981

ACG-Broschüre, Landwirtschaft in Guinea-Bissau, Mai 78

ACG-Broschüre, Gebauer, Hermann, Zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Proble-men in Guinea-Bissau

Allmada, Andre Alvares de, Tratado breve dos rios da Guiné, Lisboa 1946

Bernatzik, H. A. Aethiopen des Westens, Wien 1933

Cabral, Amílcar, Die Revolution der Verdammten, Berlin 1974

— Die Theorie als Waffe, Berlin 1968

— Analyse de alguns tipos de resistencia, Bolama 1979

Cabral, Luis, Guiné Bissau, O estado da nação, Bissau 1978

CEDEP, Bilan de la situation agricole 1980/81, Bissau

— Introducao a Geografia Economica da Guiné-Bissau, Bissau 1980

— Analyse socio-economique d'un tabanca de la region de Bafata, unveröff. Manuskript, Bis-sau

Dokumentation zum Staatstreich in Guiné Bissau im November 1980 hrsg. AG Guine-Bis-sau, IFS Münster

Rudebeck, Lars, Guinea Bissau, A study of political mobilization, Uppsala, 1974

Sigrist, Christian, Probleme des demokratischen Neuaufbaus in Guiné-Bissau und den Kap-verden, 1977

Staatsgreep in Guiné-Bissau, Mondlane Stichting, Amsterdam 1981

Anschrift des Autors:

Ulrich Schiefer

Sonnenstr. 50

4400 Münster